
Gudrun Witter

(Tel.: 03681 354260; e-mail: GWitter@tIs.thueringen.de)

Gemeindefinanzen in Thüringen 2004

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2004 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4 040 Mill. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4 183 Mill. Euro gegenüber.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2004 ein Finanzierungsüberschuss von 143 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 267 Mill. Euro um 40 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 900 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 226 Euro.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2004 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2004 **Ausgaben** in Höhe von 4 040 Mill. Euro, das waren 1 708 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 58 Mill. Euro oder 1,5 Prozent, der bei rückläufigen Personal- und Investitionsausgaben vor allem auf höhere Ausgaben für soziale Leistungen zurückzuführen ist.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie stiegen um 211 Mill. Euro oder 5,3 Prozent auf 4 183 Mill. Euro (1 769 Euro je Einwohner).

Neben gestiegenen Steuereinnahmen führten u.a. höhere Landeszuweisungen, die die Kommunen zur Finanzierung der ihnen obliegenden Aufgaben, darunter auch der sozialen Leistungen erhielten, zur Erhöhung ihrer Einnahmen.

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich ein positiver Finanzierungssaldo von 143 Mill. Euro. In den beiden Vorjahren war hier jeweils ein Negativsaldo von 13 bzw. 9 Mill. Euro festzustellen.

Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro/ Einwohner
2002	3 985	3 998	- 13	- 5
2003	3 972	3 982	- 9	- 4
2004	4 183	4 040	+ 143	+ 61

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Im Vergleich zum Vorjahr ist hier, trotz tariflicher Erhöhungen sowie einer weiteren Ost-West-Anpassung, ein Rückgang um 2,2 Prozent bzw. 26 Mill. Euro festzustellen, der auf auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie auf einen weiteren Personalabbau zurückzuführen ist.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben mit 29 Prozent um einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert.

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2004 bei 1 154 Mill. Euro oder 488 Euro je Einwohner.

Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal		2002	2003	2004
Beschäftigte	Anzahl	39 175	35 387	33 849
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 8,1	- 9,7	- 4,3
Personalausgaben	Mill. Euro	1 216,3	1 179,8	1 153,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 0,1	- 3,0	- 2,2

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 27 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) lag die Personalausgabenquote bei 28 Prozent. Bei den Landkreisverwaltungen war ein Anteil von 32 Prozent festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten ein Rückgang um 2 Prozentpunkte. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften blieb die Quote unverändert und in den Landkreisverwaltungen war ebenfalls ein Rückgang um 2 Prozentpunkte festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 488 Euro nach Sachsen (479 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 44 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 39 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

Personalausgaben je Einwohner

Personalausgaben in Euro je Einwohner	
Thüringen	488
Sachsen	479
Mecklenburg-Vorpommern	522
Brandenburg	584
Sachsen-Anhalt	615
neue Bundesländer	532
früheres Bundesgebiet	527

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 2002 bis 2004.

Hier kann festgestellt werden, dass mit Ausnahme der Landkreisverwaltungen im Vergleich zum Vorjahr in den übrigen Gebietskörperschaftsgruppen niedrigere Personalausgaben zu verzeichnen waren, mit Schwerpunkt in den kreisfreien Städten.

Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	2002	2003	2004	Veränderung 2004 zu 2003 %
Kreisfreie Städte	582	539	517	- 4,1
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	298	295	292	- 1,0
Landkreise	185	186	186	0
Gemeinden und Gemeindeverbände	506	495	488	- 1,4

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2004 mussten die Kommunen dafür insgesamt 749 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 758 Mill. Euro.

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wurden im Jahr 2004 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 709 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 28,1 Prozent bzw. 156 Mill. Euro.

Als Träger der Sozialhilfe mussten die kreisfreien Städte und Landkreise für Leistungen an Bedürftige in und außerhalb von Einrichtungen insgesamt 533 Mill. Euro und damit gegenüber dem Vorjahr 148 Mill. Euro bzw. 38,5 Prozent mehr zahlen. Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit insgesamt 106 Mill. Euro um 1 Mill. Euro unter dem Vorjahresniveau.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen stiegen gegenüber dem Jahr zuvor um 11 Mill. Euro und erreichten damit ein Volumen von 24 Mill. Euro.

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung u.a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen 21 Mill. Euro, 1 Mill. Euro mehr als im Jahr 2003.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sanken dagegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mill. Euro auf 25 Mill. Euro.

Trotz ihres, für die Verbesserung der Infrastruktur dringend notwendigen, hohen Investitionsbedarfes waren die Thüringer Kommunen auch im Jahr 2004 gezwungen, ihre **Mittel für Investitionen** sparsam einzusetzen.

Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, setzte sich der Trend der vergangenen Jahre auch im Jahr 2004 mit einem weiteren Rückgang der Ausgaben im investiven Bereich fort, wobei die Ausgaben für Baumaßnahmen um 59 Mill. Euro (- 8,6 Prozent), die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen gegenüber 2003 sogar um 9 Mill. Euro bzw. um ein Zehntel zurückgingen.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr unterschiedlich dar.

So stiegen beispielsweise die Ausgaben für Sachinvestitionen in den sechs kreisfreien Städten um 6 Mill. Euro bzw. 5 Prozent; die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 47 Mill. Euro (- 9 Prozent) niedriger waren als im Vorjahr und auch die Landkreisverwaltungen investierten im Jahr 2004 rund 27 Mill. Euro (- 18 Prozent) weniger als vor Jahresfrist.

Ausgaben für Sachinvestitionen (Mill. Euro)

	2002	2003	2004
Baumaßnahmen	762,5	686,6	627,7
Erwerb von Sachvermögen	128,4	97,2	88,1
Sachinvestitionen insgesamt	890,9	783,8	715,8
Veränderung zum Vorjahr %	+ 0,9	- 12,0	- 8,7

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2004 bei 18 Prozent (1994 = 33 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote ebenfalls bei 18 Prozent (früheres Bundesgebiet = 12 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 628 Mill. Euro entfielen zwei Drittel (421 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (103 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (104 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (siehe nachfolgende Tabelle) zeigt, dass mehr als zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind, mit Ausnahme des Bereiches Abwasserbeseitigung, in allen genannten Aufgabenbereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2002		2003		2004		Veränderung 2004 zu 2003 %
	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	
Schulen	100,1	42	98,9	41	93,3	39	- 5,6
Städteplanung	119,2	50	110,4	46	100,5	43	- 8,9
Straßen	201,5	84	188,2	79	181,4	77	- 3,6
Abwasserbeseitigung	9,5	4	7,5	3	18,5	8	147,1
Allgemeines Grundvermögen	70,0	29	61,9	26	35,8	15	- 42,1
Insgesamt	762,5	317	686,6	288	627,7	265	- 8,6

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2004 auf 717 Mill. Euro (303 Euro je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 17 Prozent (NBL = 18 Prozent, früheres Bundesgebiet = 39 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 18 Prozent (NBL = 18 Prozent, früheres Bundesgebiet = 38 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 61 Mill. Euro (+ 9,3 Prozent). Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen unterschiedlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 226 Mill. Euro um 27 Mill. Euro (+ 13,7 Prozent) höhere Steuereinnahmen als 2003

verbuchten, konnten die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 491 Mill. Euro über 33 Mill. Euro mehr einnehmen (+ 7,3 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 303 Euro nach Mecklenburg-Vorpommern (297 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 339 Euro; früheres Bundesgebiet = 737 Euro) und erreichte damit erst etwas mehr als zwei Fünftel des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 40 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2004 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 285 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2004 mit 171 Mill. Euro 3 Mill. Euro mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, dessen Volumen mit insgesamt 187 Mill. Euro mit den Jahren unter das Niveau der Nachwendezeit gesunken ist, nahmen die Gemeinden 12 Mill. Euro weniger ein als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen wie im Jahr zuvor Einnahmen in Höhe von 62 Mill. Euro.

Mit knapp 11 Mill. Euro oder 1,5 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2004 nahmen die Thüringer Gemeinden wie im Vorjahr 4,6 Mill. Euro an Vergnügungssteuern und 5,1 Mill. Euro an Hundesteuern ein.

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	2002		2003		2004		Veränderung 2004 zu 2003 %
	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	189,4	79	199,3	84	187,2	79	- 6,1
Gewerbsteuer (netto)	218,1	91	217,4	91	285,4	121	+ 31,3
Grundsteuer A + B	165,3	69	167,4	70	170,8	72	+ 2,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	63,0	26	61,8	26	62,5	26	+ 1,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	10,1	4	10,0	4	10,6	4	+ 6,0
Insgesamt	645,0	269	655,8	275	716,5	303	+ 9,3

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit 550 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um fast 15 Mill. Euro gesunken.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten sanken im Jahr 2004 dagegen um 3 Mill. Euro. Sowohl bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren als auch bei den Einnahmen aus Verkauf war ein Rückgang um je 1 Mill. Euro festzustellen.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen knapp 10 Mill. Euro weniger als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren um knapp 1 Mill. Euro höher als vor Jahresfrist.

Über Mieten und Pachten flossen fast 2 Mill. Euro mehr in die Kassen der Gemeinden.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. sanken um 2 Mill. Euro auf 20 Mill. Euro.

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	2002		2003		2004		Veränderung 2004 zu 2003 %
	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	
Gebühren, sonstige Entgelte	294,4	123	291,8	122	286,1	121	- 2,0
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	165,5	69	163,0	68	163,1	69	0
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	104,5	44	109,6	46	100,7	43	- 8,1
Insgesamt	564,3	235	564,4	237	549,9	233	- 2,6

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein weiterer Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Ausgehend von einer Nettokreditaufnahme von 657 Mill. Euro im Jahr 1993 konnte diese kontinuierlich bis 1998 auf 52 Mill. Euro gesenkt werden. Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um 1 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2004 wurden durch die Thüringer Kommunen 40 Mill. Euro mehr getilgt als neue Schulden aufgenommen wurden.

Der Schuldenstand belief sich im Jahr 2004 auf 2 900 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 226 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2004 einen Schuldenstand von 597 Mill. Euro (1 062 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 658 Mill. Euro (920 Euro je Einwohner) und die Landkreisverwaltungen waren mit 645 Mill. Euro oder 358 Euro je Einwohner verschuldet.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen jungen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 385 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 347 Euro).

Danach folgen die Thüringer (1 226 Euro) und dann die Sächsischen Gemeinden (1 206 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 716 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zusätzlich mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten Kassenkredite in Höhe von 78 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 21 Mill. Euro bzw. 40 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die kreisfreien Städte benötigten davon 23 Mill. Euro und damit über die Hälfte weniger als 2003.

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen 33 Mill. Euro in Anspruch, 3 Mill. Euro weniger als im Vorjahr.

Auch die Landkreisverwaltungen haben mit 22 Mill. Euro 2 Mill. Euro weniger beansprucht als vor Jahresfrist.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nahmen auch im Jahr 2004 die **Landeszweisungen** einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2004 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 563 Mill. Euro. Das waren 61 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 100 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Rückgang zum Vorjahr um 37 Mill. Euro festzustellen, der u.a. bedingt war durch die erstmalige Auszahlung investiver Schlüsselzuweisungen in Höhe von knapp 28 Mill. Euro, die als Investitionszuweisungen zu verbuchen waren. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land stiegen auch bedingt dadurch im Jahr 2004 auf insgesamt 548 Mill. Euro und lagen damit um 8,4 Prozent über dem Vorjahresbetrag.

Weitere 915 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie in Form von Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Wie oben dargestellt, kommen mehr als die Hälfte der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Das trifft für Thüringen als auch für die anderen jungen Bundesländer gleichermaßen zu. In den westlichen Bundesländern sind es daneben noch die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die mit 39 Prozent an den Einnahmen beteiligt sind. Die Steuereinnahmen der jungen Bundesländer sind zurzeit noch so gering, dass sie noch nicht einmal ein Fünftel der Ausgaben abdecken.

Angesichts dieser Tatsache kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.

Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2003	2004	Ver- änderung 2004 gegen- über 2003	2003	2004	Ver- änderung 2004 gegen- über 2003	2003	2004	Ver- änderung 2004 gegen- über 2003	2003	2004	Ver- änderung 2004 gegen- über 2003
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 180	1 154	- 2,2	303	291	- 4,0	537	527	- 2,0	339	336	- 0,9
Laufender Sachaufwand	758	749	- 1,2	189	186	- 1,7	295	300	1,5	273	263	- 3,8
Soziale Leistungen	553	709	28,1	181	224	24,2	3	3	- 18,4	369	482	30,5
Zinsausgaben	163	145	- 10,9	33	30	- 7,8	96	81	- 15,5	34	34	- 0,8
Sachinvestitionen	784	716	- 8,7	120	126	4,9	513	466	- 9,2	151	124	- 17,6
Sonstige Ausgaben	949	986	3,9	239	235	- 1,5	571	606	6,2	139	144	3,7
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	405	419	3,4	9	9	7,5	93	92	- 0,9	304	318	4,6
Gesamtausgaben ¹⁾	3 982	4 040	1,5	1 057	1 084	2,6	1 923	1 890	- 1,7	1 002	1 065	6,3
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	656	717	9,3	198	226	13,7	457	491	7,3	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	1 894	2 015	6,4	481	516	7,4	747	735	- 1,6	666	764	14,6
davon												
Schlüsselzuweisungen	1 137	1 100	- 3,3	259	250	- 3,5	598	579	- 3,1	280	271	- 3,3
Bedarfs- und sonstige all- gemeine Zuweisungen	170	194	14,3	48	56	16,3	67	84	25,3	55	54	- 0,7
Erstattungen und laufende Zuweisungen	588	721	22,7	174	210	21,0	82	72	- 13,2	332	439	32,2
Gebühren und sonstige Entgelte	292	286	- 2,0	91	83	- 8,4	85	86	1,2	116	117	0,7
Zuweisungen für Investitionen vom Land	506	548	8,4	120	122	1,6	279	300	7,7	107	126	17,7
Sonstige Einnahmen	1 030	1 037	0,7	186	158	- 15,1	453	425	- 6,4	390	450	15,3
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	405	419	3,4	9	9	7,5	93	92	- 0,9	304	318	4,6
Gesamteinnahmen ¹⁾	3 972	4 183	5,3	1 067	1 096	2,6	1 930	1 945	0,8	975	1 142	17,1
Finanzierungssaldo	- 9	143	x	11	11	6,3	6	55	x	- 26	77	x
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt ²⁾	433	227	- 47,7	165	40	- 75,9	191	148	- 22,6	78	39	- 49,8
Schuldentilgung am Kreditmarkt ²⁾	459	267	- 41,9	195	43	- 78,0	207	160	- 22,4	57	64	10,6
Schuldenstand am 31.12. ²⁾	2 939	2 900	- 1,3	601	597	- 0,5	1 669	1 658	- 0,7	669	645	- 3,7

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene
2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik